



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des
Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt
Eberswalde
am 01.12.2009, 18:15 Uhr,
in der Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum,
großer Saal, Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 10.11.2009
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - Präsentation des Arbeitsstandes 01.12.2009 zur Stadtumbaustrategie 2020
 - Information zum Stand "Förderrichtlinie Umweltprojekte 2009"
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 10.1. Vorlage: BV/245/2009 Einreicher/
zuständige
Dienststelle: 61 - Stadtentwick-
lungsamt
Bebauungsplan Nr. 134/1 "Töpferstraße" - Satzungsbeschluss

- 10.2. Vorlage: BV/292/2009 Einreicher/
zuständige
Dienststelle: 61 - Stadtentwick-
lungsamt
Bebauungsplan Nr. 308 "Pflegeheim der Zukunft" - Aufstel-
lungsbeschluss
- 10.3. Vorlage: BV/293/2009 Einreicher/
zuständige
Dienststelle: 61 - Stadtentwick-
lungsamt
Umstufungsvereinbarung im Zuge der B 167n, 1. BA
- 10.4. Vorlage: BV/267/2009 Einreicher/
zuständige
Dienststelle: 65 - Bauamt
Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt
Eberswalde (Straßenreinigungssatzung)
- 10.5. Vorlage: BV/290/2009 Einreicher/
zuständige
Dienststelle: 65 - Bauamt
1. Satzung zur Änderung der Entwässerungssatzung - Nieder-
schlagswasser der Stadt Eberswalde
- 10.6. Vorlage: BV/291/2009 Einreicher/
zuständige
Dienststelle: 67 - Bauhof
2. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Ebers-
walde
- 10.7. Vorlage: BV/281/2009 Einreicher/
zuständige
Dienststelle: 20 - Kämmerei
Haushaltssatzung 2010

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Wolfgang Sachse, eröffnet die 13. Sitzung des Aus-
schusses für Bau, Planung und Umwelt.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Be- schlussfähigkeit

Herr Sachse stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde
und der ABPU beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht er-
hoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 9 Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung
und Umwelt anwesend.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 10.11.2009

TOP 9.2 Hr. Banaskiewicz:

Er empfiehlt im **Außenbereich** die Parkdauerzeit von 2 auf 3 Stunden zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Sachse teilt mit, dass vor der Sitzung Unterlagen verteilt wurden.

- 1) Antwortschreiben an Hr. Pringal, Anfrage aus dem letzten ABPU am 10.11.2009.
- 2) Antwortschreiben an Fr. Ludwig, Anfrage aus dem letzten ABPU am 10.11.2009.
- 3) Kopie Beschlussvorlage BV/296/2009
- 4) Änderungsblätter zum Haushaltsplan 2010

Herr Sachse informiert, dass Frau Michalke eine Beschwerde an die Kommunalaufsicht beim Landkreis Barnim gestellt hat. Die Beschwerde und das Antwortschreiben **siehe Anlage 2**.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es sind keine Fragen gestellt worden.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Frau Leuschner berichtet über den aktuellen Stand zur 380 KV Leitung. Es sind Gespräche mit anderen betroffenen Gemeinden geführt worden.

Hr. Sachse teilt mit, dass eine Entscheidung zur Beschlussvorlage am 10.12.2009 im Hauptausschuss getroffen wird.

Antwortschreiben an Hr. Dr. Steiner zu seiner Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung am 22.10.2009 zur „Uckermarkleitung“.

(siehe Anlage 3)

Frau Köhler informiert über die am 19.11.2009 durchgeführte Bürgerberatung zur **Vorplanung der Schicklerstraße** von Puschkinstraße bis Weinbergstraße **und der Puschkinstraße**

(siehe Anlage 4)

Hr. Dr. Mai ist der Meinung, wenn die Anlieger mehrheitlich die Asphaltbauweise für die Straße und das Großpflaster in den Parkbereichen, wie in der Goethestraße, möchte sollte man dieser Bitte nachkommen.

Hr. Schubert ist auch der Meinung, dass eine Pflasterstraße für die Radfahrer nicht so gut geeignet ist.

Fr. Wagner ist der Meinung, dass im Sanierungsgebiet die historischen Straßen in der vorhandenen Bauweise erhalten bleiben sollen und kein Asphalt eingebaut wird.

Für die Radfahrer kann entweder der Fußweg freigegeben werden oder der Bereich der Regenrinne genutzt werden.

Fr. Köhler teilt mit, dass in einer 30 Km/h Zone es nicht gestattet ist auf dem Fußweg mit dem Fahrrad zu fahren.

In der Entwässerungsrinne kann nicht durchgängig mit dem Rad gefahren werden, da die Regenrinne sich im Parkstreifen befindet.

Es werden keine Parkbuchten ausgebaut, wie zum Beispiel in der Goethestraße.

Fr. Wagner ist der Meinung, dass es Städtebaulich ein falsches Signal ist, eine Asphaltbauweise zu wählen.

Hr. Dr. Spangenberg schließt sich der Meinung von Hr. Dr. Mai und Hr. Schubert an.

Hr. Pringal fragt nach, ob die ganze komplette Straße asphaltiert wird.

Fr. Köhler teilt mit, dass die Straße asphaltiert und eine Pflasterrinne von 50 cm eingebaut wird.

Fr. Oehler stimmt der Meinung von Fr. Wagner zu und fragt weiterhin, wann die Straßenbelagskonzepte der Quartiere vorgestellt werden.

Fr. Köhler teilt mit, dass ein Konzept (Bereich H.-Heine-Straße) im Februar 2010 vorgestellt wird.

Hr. Grohs weist noch einmal darauf hin, dass die wertvollen vorhandenen Baustoffe (Pflastersteine) wieder eingesetzt werden sollen, da das Stadtbild und der Quartiercharakter erhalten werden muss und des Weiteren die Haltbarkeit gegenüber Asphalt auch größer ist. Es sollten die Natursteinpflasterstraßen für die Stadt nicht aufgegeben werden und nicht immer Momententscheidungen getroffen werden, sondern eine klare Linie für die Quartiere vorgegeben werden.

Hr. Dr. Mai stellt fest, dass die vorgebrachten Argumente sehr interessant und einleuchtend sind.

Hr. Banaskiewicz fragt, wie geht es weiter mit den anderen Straßen? Es sollten Richtlinien gefasst werden und die Pflasterstraßen im Stadtkern erhalten bleiben.

Hr. Sachse stellt eine leichte Tendenz zur Pflasterstraße fest.

- Präsentation des Arbeitsstandes 01.12.2009 zur Stadtumbaustrategie 2020

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt nimmt die Präsentation des Arbeitsstandes 01.12.2009 zur Stadtumbaustrategie 2020 zur Kenntnis. Herr Ebert vom Planungsbüro PFE stellt die Präsentation vor. Die Präsentation wird zur Information nachgeschickt.

Hr. Sachse stellt fest, dass die Empfehlungen und Hinweise aus den vorigen Ausschüssen mit eingeflossen sind.

Fr. Wagner fragt, warum die Wildparkstraße in Westend und Finow Ost gleich eingestuft wurde, da die Voraussetzungen nicht identisch sind. Finow Ost hat eine gute ÖPNV Anbindung sowie eine gute Versorgung. Beide Punkte treffen nicht für Westend zu. Die Wildparkstraße befindet sich am Stadtrand von Eberswalde. Es wäre besser, beide Gebiete mit einem Investitionsstopp zu belegen, um somit über einen Teilrückbau im Kopernikusring und auch in der Wildparkstraße nachzudenken.

Hr. Wolf führt aus, dass in Finow Ost ein hoher Überalterungsstand und somit eine flächendeckender Leerstand zu erwarten ist. Das Finower Zentrum ist ein langfristiges Erhaltungsgebiet.

Westend mit ca. 5.000 Einwohnern hat auch einen hohen Überalterungsstand und somit eine flächendeckenden Leerstand zu erwarten. Hier ist ein Teilrückbau von 4 Geschosse auf 2 Geschosse anzustreben. Westend ist eine günstige Wohnlage, um junge Familien anzusiedeln.

Hr. Nuglisch weist darauf hin, dass in Westend keine Einkaufsmöglichkeit seit Jahren vorhanden ist, es muss unbedingt etwas gemacht werden.

Hr. Zinn spricht die Verzögerung des Umzuges 2013 der Schwärzeseeschule an. Ist es beabsichtigt, den Schulstandort im Brandenburgischen Viertel, mit der neuen Schulstrategie ganz aufzugeben, da nicht genügend Kinder für die Grundschule Mitte da sind?

Weiterhin ist es nicht gut, von Wohnquartieren und Steckbriefen zu sprechen, da die Einwohnerinnen und Einwohner diese Begriffe falsch verstehen können. Es ist wichtig die Projekte IPSTEK und Stadtumbau 2020 den Bürgerinnen und Bürgern zu erläutern oder nahe zubringen.

Hr. Zinn glaubt nicht, dass die Wohnungsgesellschaft VENTA oder MAGNA ernsthaft die Absicht haben, einen Rückbau durchzuführen.

Fr. Wagner bittet, Westend auch als Umstrukturierungsgebiet einzustufen und vielleicht noch Aufzüge anzubauen.

Herr Müller weist darauf hin, dass ein radikaler Rückbau (Abriss) im Brandenburgischen Viertel nicht sinnvoll ist. Es müssen anderen Lösungen gefunden werden. Wie zum Beispiel Rückbau von einzelnen Etagen.

- Information zum Stand "Förderrichtlinie Umweltprojekte 2009"

Frau Leuschner stellt die Projekte vor. **(siehe Anlage 5)**

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt nimmt den Stand der Förderrichtlinie Umweltprojekte 2009 zur Kenntnis.

TOP 8

Informationsvorlagen

TOP 9

Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

9.1 Hr. Zinn bedankt sich bei Hr. Götze für die Stellungnahme zur Verkehrssituation Lausitzer Straße und bittet darum, dass die Pressemitteilung auch in der MOZ, Blitz und Märkischen Markt veröffentlicht wird vielleicht auch der ODF darüber berichtet.

9.2 Hr. Wrase fragt:

1. Folgekosten Messingwerk?
2. Kita Dächer Reparatur?

zu 2) Hr. Götze teilt mit, dass das Dach der Kita Kinderparadies in Nordend erste Priorität hat, es wird zurzeit eine Notabdeckung vorgenommen. Die Dächer der Kita`s müssen alle 2010 erneuert werden.

zu 1) Fr. Köhler informiert, dass für 3 Jahre eine Entwicklungspflege mit der Firma vereinbart wurde, die die Pflanzungen vorgenommen hat und danach die Pflege unsere Jahresvertragsfirma übernimmt. Die Verwaltung hofft und wünscht sich, dass der Park vom Vandalismus verschont bleibt.

9.3 Hr. Baaz fragt, ob er die schriftlich gestellten Fragen zum Haushalt 2010 auch schriftlich beantwortet bekommt.

(siehe Anlage 6)

9.4 Hr. Pringal fragt, warum die Sporthalle Schwärzese in der Potsdamer Alle für 1 Euro an den Sportverein Motor Eberswalde verkauft wird und weiterhin über 3 Jahre eine Finanzierung zur Sanierung der Halle von der Stadt erhält? Die Halle ist saniert und lange nicht in einem so schlechten Zustand, wie die Sporthalle, die 2006 an den Sportverein Medizin für 1 Euro verkauft wurde.

Hr. Sachse bestätigt, dass die Halle eine neue Heizung und einen neuen Sanitärbereich erhalten hat, aber die Fassade muss unbedingt wärmeisoliert werden, um die eingesetzte Energie auch nutzen zu können.

9.5 Hr. Lemke (KJP) fragt, ob das Gelände des Pflegeheimes der Zukunft in der Schleusenstraße, in das Gelände der ehem. Badeanstalt mit einbezogen wird.

Hr. Götze teilt mit, dass sich der Standort des Pflegeheimes auf dem Gelände des Zollhofes in der Schleusenstraße befindet und die ehem. Badeanstalt ca. 500 m Luftlinie entfernt liegt.

9.6 Hr. Zinn ist der Meinung, dass mit dem Verkauf der Sporthallen an die Sportvereine ein Wettbewerb in Bewegung gebracht wird, wo andere auf der Strecke bleiben.

9.7 Hr. Pringal gibt den Hinweis, dass es besser wäre, die Halle von einem unabhängigen Gutachter schätzen zu lassen und erst danach zu verkaufen. Nur so ist ein Fairness dem anderen Sportverein gegen über möglich. Hr. Sachse weist darauf hin, dass SV Medizin auch eine Anschubfinanzierung erhalten hat. Diese Fragen sollten im ABJS und HA angesprochen werden.

9.8 Hr. Dr. Spangenberg stellte im FA fest, dass der SV Motor unberechtigt bevorzugt wird bei dem Kauf der Halle.

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Bebauungsplan Nr. 134/1 "Töpferstraße" - Satzungsbeschluss

BV/245/2009

Keine Anfragen und Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Bebauungsplan Nr. 134/1 - „Töpferstraße“ Stand: 24.09.2009 wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird gebilligt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 134/1 - „Töpferstraße“ ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 10.2

Bebauungsplan Nr. 308 "Pflegeheim der Zukunft" - Aufstellungsbeschluss

BV/292/2009

Hr. Dr. Mai weist auf zwei Probleme hin:

- 1) Das Objekt liegt sehr Stadtfern. Die Bewohner dieser Einrichtung müssen weite Wege zum sozialen Leben überwinden, um in die Stadt zu kommen.
- 2) Die Schleusenstraße ist in einem sehr schlechten Zustand und somit keine barrierefreie Nutzung möglich.

Ein geeignetes Objekt ist der ehem. Schulgarten in der Schleusenstraße.

Hr. Müller ist der Meinung:

- 1) Es sind zu viele Eigenheime in diesem Vorhaben vorgesehen.
- 2) Kann der bestätigte Flächennutzungsplan immer nach Bedarf verändert werden?

Fr. Wagner fragt:

- 1) Ist es möglich, im Erschließungsvertrag eine Klausel zu verankern, dass der Investor sich vorrangig an den öffentlichen Straßenausbaukosten beteiligt muss.
- 2) Ist es gewollt, ein neues Eigenheimgebiet aufzumachen, wobei in vorhandenen Gebieten noch viele freie Plätze vorhanden sind?

Fr. Oehler stellt fest, dass in der Beschlussvorlage 21 Eigenheimstandorte vorgesehen sind. Angedacht waren erst 14 Standorte. Es ist zu befürchten, wenn das Altenheim nicht kommt, dass das gesamte Gelände zum Eigenheimgebiet erklärt wird.

Weiterhin ist Fr. Oehler auch der Meinung, dass der Standort für eine altengerechte Wohnanlage zu weit vom Stadtzentrum entfernt ist. Zu diesem Zeitpunkt kann Fr. Oehler dem Aufstellungsbeschluss nicht zustimmen.

Hr. Grohs weist darauf hin, dass das Ergebnis der Bauleitplanung nicht vorweg genommen werden darf. Aus städtebaulicher Ordnung muss der Aufstellungsbeschluss gefasst werden.

Hr. Dr. Spangenberg sieht diese Wohnbebauung als sehr positiv an, da es auch ein Lückenschluss zum Sonnenhang bedeutet. Eine Umwidmung in ein reines Wohngebiet ist wünschenswert.

Hr. Götze informiert, dass diese private Fläche einen hohen Leerstand aufweist und eine genaue Nutzung nicht definiert ist. Diese Fläche bedarf einer städtischen Ordnung. Durch den Aufstellungsbeschluss wird dieses erreicht. Es wird nicht über ein Vorhaben im Einzelnen, sondern über die Nutzung dieses Gebietes entschieden.

Der Straßenzustand darf nicht außer Acht gelassen werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 308 „Pflegeheim der Zukunft“ wird gem. § 2 Abs. 1 i. V. m. § 13 a BauGB beschlossen.

Zum Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 308 „Pflegeheim der Zukunft“ gehören folgende Flurstücke:

Gemarkung Eberswalde, Flur 6, Flurstücke 916, 917, 920, 921, 922, 923, 924 und 1072.

Der Übersichtsplan (unmaßstäblich) ist Bestandteil der Bekanntmachung.

Der Bebauungsplan dient der Absicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung. Es soll ein Allgemeines Wohngebiet entwickelt werden. Das Zollamt wird im Bestand gesichert.

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 10.3

Umstufungsvereinbarung im Zuge der B 167n, 1. BA

BV/293/2009

Hr. Müller weist darauf hin, dass der Landesbetrieb für Straßenwesen einige Straßenabschnitte noch vor der Umstufung neu herstellen muss. Wie zum Beispiel die Eberswalder Straße von Poststraße in Richtung Finowfurt oder die Eisenbahnstraße von Puschkinstraße bis Friedensbrücke, um nur einige zu nennen.

Hr. Müller weist darauf hin, dass in Finowfurt an der Kaiserwegbrücke

Rollrasen ausgelegt wird und die neue Brücke im September übergeben wurde. Die Brücke wird nach dem Neubau der B 167 n nicht mehr benötigt und eingezogen. Das sollte der Stadt mit den Straßen nicht passieren.

Hr. Baaz teilt mit, dass die Altenhofer Straße auch vor der Umstufung in Ordnung gebracht werden muss. Wenn die Straßen im Nachgang von der Stadt neu ausgebaut werden, müssen die Kosten anteilig von den Anliegern getragen werden.

Wer kontrolliert und garantiert die Verkehrssicherheit sowie den guten Zustand der Straßen vor der Übergabe?

Hr. Sachse weist darauf hin, dass die Umstufungsvereinbarung zwei Jahre vor der Übergabe der Straßen abgeschlossen werden muss und genau diese Fragen im Vorfeld geklärt werden müssen.

Fr. Wagner fragt, ob es eine genaue Definition für verkehrssichere und gut erhaltenen Straßen gibt?

Fr. Leuschner teilt mit, dass es noch keine klaren Definitionen für die Straßen gibt. Es liegt eine Richtlinie vor, woraus hervorgeht, dass die Straßen so hergestellt werden müssen, dass diese der eingestuften Straßengruppe entsprechen.

Die Verwaltung wird mit dem Landesbetrieb für Straßenwesen die anfallenden Fragen und Probleme klären.

Hr. Dr. Spangenberg fragt, wie die Stadt die anfallenden Kosten tragen kann, wo das Geld immer weniger wird?

Hr. Grohs teilt mit, dass das Umstufungsverfahren Grundvoraussetzung für das Planfeststellungsverfahren für die B 167 n ist. Die Stadt hat kein Geld, die Straßen zu übernehmen und zu unterhalten, es gibt keine Möglichkeit die Umstufung zu verhindern. Wenn der Bund und das Land entscheidet, eine neue Umgehungsstraße zu bauen und die vorhandenen Bundes- und Landstraßen abzustufen kann die Kommune nur die Straßen übernehmen. Wenn die Stadt diese Straßen nicht übernimmt, werden diese entwidmet, wie zum Beispiel die Telekomstraße.

Fr. Oehler teilt mit, dass alle Beschlüsse schon in den Vorjahren gefasst worden sind.

Die Folgekosten von 440.000,00 € pro Jahr sind für die Stadt nicht zu schaffen, wo die Stadt einen Sanierungsrückstau der vorhandenen städtischen Straßen hat. Es sollte über Straßenrückbau nachgedacht werden.

Hr. Dr. Mai regt an, im Frühjahr Vor-Ort-Begehungen in den betreffenden Straßen durchzuführen, um die Probleme zu erfassen.

Hr. Pringal ist der Meinung, dass es wichtig ist, eine Definition festzulegen, wie der Straßenzustand eingestuft wird. Diese Einstufung sollte dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werden. Die abgestimmte Definition soll Bestandteil der Vereinbarung werden.

Hr. Dr. Spangenberg stimmt dieser Vorlage nicht zu. Er bittet das zu Protokoll zu nehmen.

Hr. Banaskiewicz fragt, ob der Landesbetrieb für Straßenwesen es bis zur Übergabe der Straßen an die Stadt die Grüne Welle für die Stadt eingerichtet hat. Sonst wäre diese Aufgabe noch mit zusätzlichen Kosten für die Stadt verbunden.

Hr. Sachse weist auf die Einziehungen hin, es sollte genau geprüft werden, welche Straßen nicht mehr benötigt werden und somit eingezogen werden können.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet die Umstufungsvereinbarung, basierend auf dem Umstufungskonzept

zwischen der:

Stadt Eberswalde, Breite Straße 41 - 44, 16225 Eberswalde, vertreten durch den Bürgermeister
und dem:

Land Brandenburg, handelnd für den Bund und das Land, vertreten durch das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, dieses vertreten durch den Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, vertreten durch den Vorsitzenden des Vorstandes, Niederlassung Ost, Müllroser Chaussee 51, 15236 Frankfurt (Oder) zu.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Umstufungsvereinbarung mit dem Land Brandenburg abzuschließen.

TOP 10.4

Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Eberswalde (Straßenreinigungssatzung)

BV/267/2009

Frau Oehler fragt:

- 1) Warum das Treppenverzeichnis mit aufgenommen ist?
- 2) Warum die Treppe zum Paschenberg nicht mit aufgeführt ist?

Frau Köhler teilt mit, dass alle öffentlichen Treppen auch gereinigt werden. Die Treppe am Paschenberg ist auch eine öffentliche Treppe und muss mit aufgenommen werden. Ein Änderungsblatt zum Satzungsbeschluss wird angefertigt und in den zutreffenden Ausschüssen verteilt.

Hr. Banaskiewicz ist zurzeit der Abstimmung nicht anwesend.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet die in der Anlage beigefügte Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Eberswalde (Straßenreinigungssatzung).

TOP 10.5

1. Satzung zur Änderung der Entwässerungssatzung - Niederschlagswasser der Stadt Eberswalde

BV/290/2009

Keine Anfragen und Wortmeldungen.

Hr. Banaskiewicz ist zurzeit der Abstimmung nicht anwesend.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet die als Anlage 1 zur Beschlussvorlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Entwässerungssatzung - Niederschlagswasser der Stadt Eberswalde.

TOP 10.6

2. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Eberswalde

BV/291/2009

Hr. Grohs weist auf einen Schreibfehler in der Sachverhaltsdarstellung hin. Es muss lauten: Am 28. Dezember **2006** ist die Richtlinie 2006/123/EG usw.

Hr. Müller fragt, wer kontrolliert die fachliche, betriebliche und persönliche Zuverlässigkeit der Gewerbetreibenden laut § 7, Abs.1, letzter Halbsatz?

Hr. Gatzlaff teilt mit, die 2. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Eberswalde ist eine Angleichung an die Rechtsvorschrift der EU-Normen. Eine Prüfung der jeweiligen Firmen aus anderen Europäischen Ländern muss durch den Bauhof erfolgen.

Hr. Sachse fragt nach, woran die Eignung gemessen wird?

Hr. Gatzlaff teilt mit, dass ein Negativkatalog erstellt wird, sowie Referenzobjekte nachgewiesen werden müssen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet die 2. Satzung Zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Eberswalde.

TOP 10.7

Haushaltssatzung 2010

BV/281/2009

Hr. Schubert:

- 1) 61500/40000 Personalausgaben sind für 2010 ca 110.000 € weniger.
- 2) Einnahmen Gemeindestraßen 63000/35311 Beiträge für 2009 Anliegerstraßen in Finow

zu 1)Hr. Gatzlaff teilt mit, dass die Personalausgaben im Haushaltsprogramm nicht geplant werden können, diese werden durch die Personalabtei-

lung gesondert in einer Excel Tabelle erstellt. Anfallende Fehler werden korrigiert und eingetragen. In der Summe aller Personalausgaben wird nicht mehr oder weniger ausgegeben. Die Minderausgaben in einem Haushaltsabschnitt finden sich in einem anderen Haushaltsabschnitt als Mehrausgaben wieder. Jeder Mitarbeiter/in bekommt nur das Gehalt was ihm zusteht.

zu 2) Der Betrag aus 2009 ist nachrichtlich im Haushaltsplan 2010 aufgenommen worden.

Fr. Oehler fragt:

- 1) Personalausgaben 60100/40000 von 2009 177.000 auf 216.600 € für 2010
- 2) EFRE/INSEK Programmmanagement 61000/65540 96.000 € für 2010
Was wurde 2009 daraus bezahlt und was ist für 2010 geplant?
- 3) Straßenbaukonzepte 63000/63000 für 2010 0,00 €
- 4) Straßenbeleuchtung 67000/63000 für 2010 350.000 €, was ist mit dem Einsatz von LED-Leuchten, wie z.B. in der Ammon- Str.
- 5) B 6 Gartenparzellen 61504/96015 für 2010 0,00 €, warum kein Haushaltsansatz?

zu 1) Die Personalkosten für die Mitarbeiter/innen aus dem Bereich Grünanlagen sind der Bauverwaltung zugeordnet.

zu 2) Stadtforum, Netzwerkplan, Schriftenreihen und Bürgerinformationen sind erstellt und durchgeführt worden. Das Projektmanagement unterstützt die Verwaltung intern bei der Steuerung und Erarbeitung von Projekten.

zu 3) Weitere Straßenbaukonzepte werden 2010 aus Kostengründen nicht erstellt.

zu 4) Aus Kostengründen können keine neuen LED Leuchten angeschafft werden.

zu 5) Für 2010 sind keine neuen Gartenparzellen geplant.

Hr. Pringal fragt:

1) Sporthalle Schwärzensee Grundstücksversicherung 56040/54400 700 €. Warum sind Mittel eingestellt, da doch die Halle verkauft werden soll?

2) Kapitalertragssteuer 80000/84100 881.000 €, was verbirgt sich dahinter?

zu 1) Der Haushaltsplan ist im März aufgestellt worden, da war zu diesem Zeitpunkt der Verkauf nicht Thema.

zu 2) durch den Verkauf der Stadtwerke-Anteile ist ein Gewinn erzielt worden. Ergebnis einer Betriebsprüfung hat ergeben, dass die Stadt an das Finanzamt Kapitalertragssteuer zahlen muss.

Hr. Wrase fragt:

1) Personalausgaben Familiengarten/Märkte 73000/40000 168.400 €

2) B 5 Straße am Wasserturm 61501/93200 100.000 €

3) Öffentliches WC Bahnhofsring?

4) Bauliche Unterhaltung Wasserturm 2.200 €, wo sind die Mittel für den Fahrstuhl eingestellt.

zu 1) Personalkosten werden im Familiengarten eingespart, eine Mitarbeiterin scheidet aus und eine weitere wird sich mit den Themenmärkten beschäftigen.

zu 2) Es handelt sich um eine Refinanzierung von Eigenmitteln aus dem Haushaltsjahr 2009. (Innere Verrechnung zwischen Stadtentwicklungsamt und Bauamt)

zu 3) Die Stadt ist Eigentümer und muss die Unterhaltung der Gebäude durchführen, der Betreiber kann, wie in diesem Fall, die BBG sein.

Zu 4) die 2.200 € sind für die Unterhaltung des Gebäudes eingestellt. Der Fahrstuhl wird aus dem Vermögenshaushalt (EFRE Maßnahmen) finanziert.

Hr. Grohs fragt:

1) Einnahme Kupferhammerweg 63000/35345 178.000 € für 2009 warum ist keine Einnahme in 2010 eingeplant? Ist die Einnahme für 2009 ausreichend?

2) E.-Mühsam-Str. 63000/96023 0,00 €, warum wird die Straße nicht gebaut? Alle Beschlüsse sind gefasst worden.

zu 1) Der Ausbau des Kupferhammerweges hat sich verzögert, somit ist eine Einnahme nach KAG in 2009 nicht möglich. Eine weitere Einnahme in 2010 zu planen ist nicht nötig. Sollte die Abrechnung eine höhere Einnahme ergeben, wird eine Mehreinnahme in 2010 gebucht und geht dem Haushalt nicht verloren.

zu 2) Hr. Dr. Mai sagt, erst muss das Straßenbelagskonzept für das Quartier vorliegen und beschlossen werden, bevor diese Straße im Haushalt neu aufgenommen wird.

Hr. Baaz fragt, was ist mit dem Bürgerhaushalt?

Hr. Gatzlaff erläutert, dass der Vermögenshaushalt im Sommer veröffentlicht wurde und die Bürger sich informieren konnten, was die Stadt 2010 geplant hat. Die Vorschläge wurden von der Verwaltung geprüft und, wo es möglich war, übernommen und im Haushaltsplan eingestellt. Die Bürger sind schriftlich davon in Kenntnis gesetzt worden.

Fr. Wagner hat eine generelle Frage zu den Personalkosten, da diese zu den Vorjahren nicht vergleichbar sind. Haben die Schwankungen innerhalb der Haushaltsabschnitte auch personelle Umsetzungen innerhalb des Hauses zur Folge?

Hr. Gatzlaff teilt mit, dass auf der Grundlage des Stellenplanes eine Organisationseinheit mit allen entsprechenden Punkten festgelegt ist und diese versucht wird in den Haushaltsplan in die jeweiligen Haushaltsabschnitte einzufügen. Es sind zum Teil einige Mitarbeiter von einem Unterabschnitt in einen anderen Unterabschnitt zugeordnet worden. Leider konnten einige Fehler nicht korrigiert werden, da das Personalmanagement anderen Aufgaben nachkommen mussten und aus zeitlichen Gründen eine Überarbeitung nicht vornehmen konnte. Eine Überzahlung der Mitarbeiter kann nicht passieren.

Im Haushaltsplan 2010 sind die Personalkosten (lt. Haustarifvertrag) plus 2% geplant.

Hr. Sachse bittet, dass alle noch offenen Fragen zu den Personalkosten bis zum Hauptausschuss bzw. zur Stadtverordnetenversammlung geklärt werden.

2) E.-Mühsam-Str. 63000/96023 0,00 €, warum wird die Straße nicht gebaut? Alle Beschlüsse sind gefasst worden.

zu 2) Hr. Dr. Mai sagt, erst muss das Straßenbelagskonzept für das Quartier vorliegen und beschlossen werden, bevor diese Straße im Haushalt neu aufgenommen wird.

Gr. Grohs weist noch einmal darauf hin, dass die Beschlüsse für die E.-Mühsam-Str. vorliegen. Wenn die Straße nicht gebaut wird, sollten die Beschlüsse aufgehoben werden.

Fragen zum Haushalt der Fraktion Die Linke gestellt von Frau Wagner:

Kostenstelle	Sei-te	
61000.17120 und weitere	101 104	Unter dem Begriff EFRE und INSEK sind in verschiedenen Teilen des HH Ein- und Ausnahmen vermerkt. Gibt es zu dieser Sammelposition eine extra Aufstellung?
Antwort: Fr. Leuschner		Es handelt sich um eine Sammeleinnahme, Haushaltsstelle. Die Ausgaben sind bei der Städtebauförderung in Einzelmaßnahmen aufgegliedert.
61000.65500	102	Fach- und Sondergutachten
		Antrag für Erdverkabelungsgutachten stellen.
61000.65510	103	B-Pläne Schleusenstr. und Wohnpark Finow
		Was soll erreicht werden? Woraus resultiert Handlungsbedarf? Ist Schleusenstr. das Seniorenheim oder die Wohnbebauung; warum stellt man nicht mit BPl-Nummern klar?
		Wo ist die weitere Planung für Hausbergtrasse? unter VM 61000.36150 und 96550 Seite 28?
Antwort: Fr. Leuschner		Es handelt sich um eine allgemeine Haushaltstelle für die Erstellung von B-Plänen, wenn bei der HH-Planung der zu planende B-Plan feststeht, wird dieser auch mit aufgenommen. Bei der Schleusenstr. und bei dem Wohnpark Finow ist der Bearbeitungsstand soweit, dass ein B-Plan erstellt werden kann.
61000.84100	104	Strafzinsen: 2008-0,00 €; 2009- 10,1 T€; 2010 - 20 T€
		Warum dieser Anstieg? Welche Maßnahmen zur Gegensteuerung eingeleitet? Das ist VERSCHENKTES Geld!
Antwort: Fr. Leuschner		Es ist eine genaue Planung nicht möglich, da viele Schwierigkeiten auftreten können. Hr. Sachse bittet darauf zu achten, dass sehr sorgfältig mit den Mitteln umgegangen wird.
67500.11001	114	Straßenreinigungsgebühr
		2008 - 253,5 T€; 2009 - 200,0 T€, 2010 - 250 T€ - warum diese "Berg- und Talbahn"?
Antwort: Fr. Köhler		Die Gebühren für 2009 sind falsch kalkuliert worden, deshalb ist der Planansatz für 2010 dem Planansatz 2008 angeglichen worden. Eine neue Kalkulation ist in Arbeit die Ergebnisse sind Anfang 2010 zu erwarten.
7000.11000	121	Niederschlagswasser

		Ist hier alles nicht umlagefähige ausgegliedert (Straßenentwässerung; Drainage u.ä.)?Woher kommt diese Senkung; wann wurde letztmalig die Kalkulation überprüft? Welche Vorgehensweise ist geplant?
Antwort: Hr. Gatzlaff		Die Gebühren für 2009 sind falsch kalkuliert worden, deshalb ist der Planansatz für 2010 dem Planansatz 2008 angeglichen worden.
7000.5100		Warum ist so eine starke Senkung möglich?
	121	PS: Nachkalkulation einfordern? Gebührenanpassung notwendig? Kein Gewinn zulässig!
Antwort: Fr. Köhler		Es handelt sich um eine gebührenrechtliche Einheit, die Stadt darf nicht mehr Geld einnehmen wie sie ausgibt und somit musste die Einnahme reduziert werden. Es wird in 2010 nur eine geringe Unterhaltung durchgeführt.
70400.	122	Welche Bedürfnissanstalt war hier vermerkt? Neue vertragliche Regelung?
		Es wird nachgefragt in der Verwaltung.
75000.50003	127	Welche Instandhaltungsmaßnahmen - gab es zuvor noch nicht - sind hier geplant?
Antwort: Hr. Gatzlaff		Es müssen Instandhaltungsmaßnahmen vom Gebäudemanagement in Auftrag gegeben werden, um die vorhandenen Gebäude auf den Friedhöfen instand zu halten.
76100. und 76300	134	Warum gibt es hier keine Angabe ob Pflicht- oder freiwillige Aufgabe?
Antwort: Hr. Gatzlaff		Es handelt sich um freiwillige Aufgaben.
79101.57050	139	Ausgaben für Innenstadtmarketing
		2009- 75,- T€; 2010 - 60 T€ - was steckt dahinter? Ziele? Verträge?
79101.63060	139	Welche Maßnahme verbirgt sich dahinter? (50 T€)
Antwort: Hr. Gatzlaff		Es handelt sich um Unterstützungsmaßnahmen für die WITO. Es ist angedacht, durch die WITO Aufgaben für den ZOO zu erledigen. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen
79101.65510	139	Maßnahme für Null-Emmissionsschutz-Strategie - ist zu begrüßen
		Was ist konkret vorgesehen? Ist es genügend?
Antwort: Hr. Gatzlaff		Es muss geprüft werden, ob die WITO Aufgaben für die Stadt übernehmen kann. Es wird ein Gutachten zur Fernwärme für Eberswalde erstellt in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung, die Stadt muss sich an dieses Gutachten finanziell beteiligen. Ergebnis liegt noch nicht vor. Die neue Mitarbeiterin in der Wirtschaftsförderung ist mit dem Thema betraut worden und wird Strategien und Vorschläge vorbereiten.

Stellenplan		
		Wie und wo wirkt sich der Vergleich Dr. Prüger aus?
Antwort: Hr. Gatzlaff		Beträge finden sich im Haushalt nicht wieder, die Abfindung wird aus dem Haushalt 2009 bezahlt. Da maximal eine Überschneidung von 2 Monaten entstehen kann, sind keine Veränderungen vorgenommen worden.
Vermögenshaushalt		
02000.95006	1	Anfrage an FA und RPA: wurden wirklich 150 T€ im Jahr 2008 in das Gebäude Marienstr. investiert? Sollte Archiv werden; wurde es aber nicht. Wäre es nicht besser, dies nicht als R.-Ergebnis 2008 darzustellen? (Trifft auch auf weitere Kostenstellen zu).
11100.93520	4	Was bedeutet die Erläuterung für 2011-2013? Kostet ein Fahrzeug mit Kamera wirklich 85,-T€?
61501.93200	28	Auflistung, wofür Bodenerwerb notwendig ist verlangen!
Antwort: Fr. Leuschner		Es handelt sich um Ankauf von Flächen im Sanierungsgebiet. Flächen am Kirchenhang und Fr.-Ebert-Str. Süd
61501.96023	29	Was ist B.5 - Breite Str. nördlich Kreuzstr.? - Kosten für Kreisverkehr Friedensbrücke in 2010? 268,4 T€
Antwort: Fr. Leuschner		Die Stadtverwaltung schließt mit dem Landesbetrieb eine Vereinbarung ab, woraus die genauen Kostenanteile für die Planung hervorgehen. Die Planungsleistungen sollen 2010 in Auftrag gegeben werden, die Bauausführung verschiebt sich in die Folgejahre. Eine Verpflichtungserklärung muss im HH 2010 mit beschlossen werden, da die Fördermittelbindungen sich daraus ergeben.
61504.96017	32	B.6. Streuobstwiesen. Sind das Abrissflächen der WBG/WHG die von der Stadt angekauft werden? Warum VE geplant?
Antwort: Fr. Leuschner		Die Rückbauflächen sollten keine intensive Nutzung mehr erfahren, sondern eine Naturrückgewinnung und die Gestaltung eines Bürgerwaldes vorgesehen ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Bau, Planung und Umwelt befürwortet die Haushaltssatzung 2010 mit ihren gesetzlichen Anlagen.

Wolfgang Sachse
Vorsitzender des
Ausschusses für Bau,
Planung und Umwelt

Gerda Schulz
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Wolfgang Sachse
- **Stellvertreter des Vorsitzenden**
Eckhard Schubert
- **Ausschussmitglied**
Frank Banaskiewicz
Uwe Grohs
Dr. Hans Mai
Karen Oehler
Dr. Günther Spangenberg
- **sachkundige Einwohner/innen**
Otto Baaz
Hans-Jürgen Müller
Horst Nuglisch
Roy Pringal
Karin Wagner
Hartmut Wittig
Ringo Wrase
- **Ortsvorsteher/in**
Rudi Küter
- **Dezernenten**
Bellay Gatzlaff
- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Florian Lemke, KJP
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Udo Götze
Heike Köhler
Silke Leuschner
- **Sonstige**
Eberswalder Blitz Werbe-
u.Verlags GmbH